

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,40 RM. Einzelnummern 10 Pf. Anzeigenpreis: Die 8 gelbdruckte Hauptzeile 20 Rpf., die 4 gelbdruckte Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 74 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Freitag, den 28. März 1930

## Der Kernpunkt.

Genossen im Unglück zu haben, ist ja ein freilich nur timmerlicher Trost. Auch England und die Vereinigten Staaten sehen mit größter Besorgnis auf das Meer ihrer Arbeitslosen, aber das hilft natürlich Deutschland in seinen Schwierigkeiten gar nichts, die hierin nicht bloß wirtschaftlicher und finanzieller, sondern seit Monaten ja auch eminent politischer Natur sind. Grau in grau oder vielmehr schwarz in schwarz ist das Gemälde, das auf der Verwaltungsratsitzung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gemalt wurde: schwarz die Vergangenheit, schwarz die Gegenwart und um nichts heller die Zukunft. Man will den Haushalt für das am 1. April beginnende Geschäftsjahr aufstellen und hat sich zu diesem Zweck entschließen müssen, mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer nicht mehr wie früher von 900 000, sondern mindestens mit einer solchen von 1,2 Millionen zu rechnen. Und das ist auch noch optimistisch; denn im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr betrug diese Ziffer 1,275 Millionen! Selbst aber, wenn der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung auf 4 Prozent erhöht wird, reichen die dann zu erwartenden Einnahmen nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Die würden für die Arbeitslosen, ihre Familienmitglieder und für ihre Krankenversicherung — bei einer Ziffer von 1,2 Millionen — allein rund 1100 Millionen betragen; dazu kommt aber noch eine Reihe anderer erheblicher Kosten verursachender Ausgaben wie vor allem Arbeitsvermittlung, Krisen- und werkschaffende Arbeitslosenfürsorge und natürlich auch für die Verwaltung.

Bisher hat die Arbeitslosenversicherung vom Reich nach und nach 600 Millionen als Zuschuß erhalten, obwohl bekanntlich seit dem 1. Januar eine Beitragserhöhung in Kraft gesetzt worden ist. Es hat nichts Überraschendes mehr an sich, wenn auf jener Verwaltungsratsitzung auch für das kommende Geschäftsjahr „die Quanznahme von Reichsmitteln zur Deckung des Fehlbeitrages in Aussicht genommen“ wurde. Hier liegt nun gerade der Kern der politischen Streitfrage des Augenblicks: auf eine kurze Formel gebracht: die Sozialdemokratie betrachtet diese Art der Beitragserhöhung als eine Pflicht des Reiches, was hierfür genügende Mittel gleich im ordentlichen Haushalt bereitstellen müßte, während die Deutsche Volkspartei verlangt, die Reichsanstalt solle sich durch eine gründliche Reserve so „sanieren“ — oder sie solle saniert werden —, daß sie ihrem Wesen als Versicherung entsprechend auf eigenen finanziellen Füßen stehen lernt. Angesichts der großen gegenwärtigen Schwierigkeiten ist aber die Deutsche Volkspartei und mit ihr der Reichsfinanzminister bereit, noch einmal einen, allerdings begrenzten Reichszuschuß zu gewähren; andererseits will die Sozialdemokratie von einer Reform mit dem Ziel völliger finanzieller Ausgeglichenheit der Ausgaben mit den Einnahmen nichts wissen, weil eine solche Reform zu einer Herabsetzung der Leistungen bei der Versicherung führen müßte.

Bei dieser, man möchte sagen: absoluten Verschiedenheit der beiderseitigen Anschauung ist's natürlich an sich schon schwer, eine Brücke zu schlagen. Entsprechende Versuche hat es ja schon mehr als genug gegeben, — aber wenn man auf diese Brücke auch noch das Gewicht der Finanzreform packt, dann gibt es eben einen — Brückenschlag. Letzten Endes ist ja hier vor allem der Gegensatz zu spüren zwischen dem Willen, unbedingt Schluß zu machen mit einer weiteren Ausgabensteigerung, vielmehr eine Lastenfrenkung mit Preis und Siegel wenigstens ab 1931 festzulegen, — und der Anschauung, daß man jetzt noch gar nicht übersehen könne, wie die Dinge nach einem Jahr aussehen werden, und darum auch nicht versprechen dürfe, was vielleicht unerfüllbar sein wird.

## Um die sächsische Regierungsbildung

Ein demokratischer Schritt.

Reichsminister a. D. Dr. Kütz hat an die Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er als Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Deutschen Demokratischen Partei, im Einverständnis mit der Deutschen Demokratischen Fraktion zu einer gemeinsamen Besprechung über die Regierungsbildung einlädt. Die Einladung richtete er an die Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Durch diese Beschränkung der Einladung werde natürlich nicht ausgeschlossen, daß bei Verhandlungen die Beteiligung auch einer anderen Partei an der Regierungsbildung in den Kreis der Erörterung gezogen wird. Er bitte um Mitteilung, ob grundsätzlich Geneigtheit zu Verhandlungen bestehe.

Die Bedingungen der Sozialdemokraten  
Die sächsischen Sozialdemokraten veröffentlichen heute ihr Programm für die Verhandlungen über die Regierungsbildung. Sie stellen folgende Forderungen für die Große Koalition auf: Planmäßige Belämpfung der Arbeitslosigkeit. Hierfür sollen im außerordentlichen Etat rund 48 Millionen bereitgestellt werden. Diejenigen Erwerbslosen, die aus der Arbeitslosenversicherung und

## Rücktritt der Reichsregierung Minderheitskabinetts der bürgerlichen Mitte unter Brüning?

In der Kabinettsitzung am Donnerstagabend beschloß das Reichskabinetts, dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung zu unterbreiten. Der Reichskanzler gedachte in herzlichen Worten der hingebenden Zusammenarbeit des Reichskabinetts in einer an schwierigsten Aufgaben so reichen Zeit. Sämtliche Minister sprachen dem Reichskanzler für die vorbildliche Art seiner Amtsführung ihren aufrichtigen Dank aus, dem der Reichswehrminister sich namens der Wehrmacht anschloß.



Reichskanzler Müller.

Der Reichskanzler begab sich darauf zu dem Herrn Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt der Reichsregierung anzuzeigen. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt entgegen und beauftragte die Regierung mit der einseitigen Führung der Geschäfte. Er schloß daran warme Worte des Dankes für die Pflichttreue und mühevollen Arbeit des Reichskanzlers und der Reichsminister.

### Das Ende der Großen Koalition.

Im Anschluß an den Beschluß der Sozialdemokraten, sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung auf die ursprüngliche Regierungsvorlage zurückzuziehen, war das Reichskabinetts zusammengetreten, um die durch den Beschluß der S. P. D. geschaffenen Lage zu besprechen. In der Sitzung des Reichskabinetts nahm im Auftrage des Reichspräsidenten auch Staatssekretär Meißner teil. Die Verhandlungen wurden nach kurzer Zeit unterbrochen und für 19 Uhr neu angelegt. Um 19¼ Uhr wurde dann der Rücktrittsbeschluß gefaßt.

Das von den Sozialdemokraten abgelehnte Kompromiß-Brüning-Meyer war, noch bevor der sozialdemokratische Beschluß erfolgte, von der Fraktion der Deutschen Volkspartei mit einer beachtlichen Mehrheit angenommen worden, so daß nunmehr das bekannte Kompromiß hinter dem sämtliche

der Krisenfürsorge ausgeteuert sind oder die Anwartschaft noch nicht erworben haben, sollen sichergestellt werden. Die soziale Fürsorge soll durch Bereitstellung von 5 Millionen Mark ausgebaut werden. Im Baujahre 1930/31 sollen mindestens 30 000 Wohnungen erstellt werden. Ausfälle bei der Mittelbeschaffung für den Bau sollen durch Anleihen des Staates gesichert werden. Die zur Deckung dieser Forderungen notwendigen Mittel sollen durch Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer gewonnen werden. Ferner wird Neuregelung des Landesfinanzausgleiches zugunsten der Gemeinden gefordert, sowie Aufhebung der Stundungen der Kreissteuer. Die Ministergehälter sollen von 30 000 Mark auf 18 000 Mark jährlich herabgesetzt werden. Ebenso wird eine Kürzung der höheren Beamtenbezüge gefordert. Die Verwaltung soll neu organisiert und vereinfacht werden und alle freierwerbenden Stellen in der Staatsverwaltung, Polizei und Justiz sollen nur noch mit zuverlässigen Republikanern besetzt werden.

### Thüringen an Severing.

Der Streit um Dr. Frid.

Auf das vom Reichsinnenminister Severing in voriger Woche an das Weimarer Kabinetts gefandte Schreiben zu den bekannten Meinungsverschiedenheiten bezgl. des Vorgehens des thüringischen Innenministers Dr. Frid hat die Landesregierung eine Antwort verfaßt, die im thüringischen Landtag bekanntgegeben und mittlerweile nach Berlin gesandt worden ist. Severing hatte seinerzeit mitgeteilt, er schäme eine Unterfuchung

bürgerlichen Regierungsparteien standen, den Forderungen der S. P. D. gegenüberstand, die auf der alten Regierungsvorlage lauten.

Reichskanzler Müller ist von seiner eigenen Fraktion gestützt worden. Daß die anderen Parteien nach dem vielen Hin und Her der letzten Tage ihrerseits nochmals umfallen könnten, war natürlich von vornherein ausgeschlossen. Die Große Koalition ist damit zu Ende.

### Brüning bei Hindenburg

Berlin, 27. März. Wie die Telegraphenunion erfährt, wird der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Brüning, offiziell am Freitag vormittag vom Reichspräsidenten empfangen werden. In parlamentarischen Kreisen gilt allgemein Brüning als der aussichtsreichste Kandidat für die Nachfolge Hermann Müllers. Es würde sich jedoch bei der Kabinettsbildung höchstwahrscheinlich um eine Zusammensetzung von Persönlichkeiten ohne Fraktionsbindung handeln. Nach Lage der Dinge soll der Reichspräsident die Neubildung des Kabinetts innerhalb 24 Stunden erwarten, während in weiteren 24 Stunden das neue Kabinetts sich über das Finanzprogramm schlüssig zu werden hätte. Was die Persönlichkeiten des neuen Kabinetts angeht, so werden getüchtweise u. a. auch die Namen Treubmann, von der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft und Schiele von den Deutschnationalen genannt. Das neue Kabinetts ohne fraktionsmäßige Bindung hätte kein Finanzprogramm vor den Reichstag zu bringen, der sich bis zum 1. April zu entscheiden hätte. Im äußersten Falle müßte der Haushalt unter Jubiläumsnahme des Artikels 48 der Reichsverfassung verabschiedet



Zentrumsführer Dr. Brüning.

werden. Die Sozialdemokraten würden voraussichtlich nicht in unbedingte Opposition zu dem neuen Kabinetts treten, doch liegt es in der Natur der Sache, daß der Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und dem neuen Kabinetts in den entscheidenden Steuerfragen sehr bald zum Ausdruck kommen würde.

der thüringischen Polizeiverhältnisse durch den Ministerialdirektor Menzel vor. Die Spernung der Fondsmittel für Thüringen könne nicht zurückgezogen werden, da die in Frage kommenden Mittel unterdessen anderweitig verbraucht worden seien. Daraufhin bestreitet die thüringische Regierung dem Reichsinnenminister sehr erneut das Recht, aus dem gegebenen Anlaß Überweisungen aus irgendwelchen Fondsmitteln einzustellen.

Wie man in Berlin erfährt, hatte Reichsinnenminister Severing sofort der thüringischen Regierung geantwortet, daß er seinem früheren Schreiben nichts hinzuzufügen habe, und er müsse auf seinem darin geäußerten Standpunkt bestehen bleiben. Es bleibe, da die Untersuchung abgelehnt würde, bei der Zuschußpernung. Die Maßnahmen Severings seien nicht auf Grund irgendwelcher Verfassungsbestimmungen erfolgt, sondern auf Grund freier Vereinbarungen vom 1. April 1928, die von sämtlichen Länderregierungen mit Einschluß Thüringens angenommen worden seien. Infolgedessen bestehe für die thüringische Regierung keine Möglichkeit, gegen die vorliegende Einstellung der Zuschußzahlungen klagbar vorzugehen.

### Was Thüringen sagt.

Die im Landtag zu Weimar verlesene Antwort an das Reichsinnenministerium hat folgenden Wortlaut: „Das thüringische Staatsministerium lehnt es ab, die unfruchtbare Erörterung über den bisherigen formalen Verlauf der Anleiheaktion fortzusetzen, da es sonst aemditär wäre.“